

„Wertevermittlungen“ bei Wanderungen

Neuer Neonazi-„Mädelbund“: Junge Frauen in „szenetypischer Kleidung“ in Eschede gesehen

Am Wochenende wurden in Eschede junge Frauen in roten Röcken gesichtet, die dem rechtsextremen „Mädelbund“ zugerechnet werden. Die Polizei ist darüber im Unklaren, doch die Szene zieht sogar Teilnehmer aus Dänemark an.

Eschede. Mit roten Röcken und anderer auffälliger Kleidung ist am Freitagabend eine Gruppe von Mädchen beziehungsweise jungen Frauen in Eschede gesehen worden. Wie der Fachjournalist André Aden vom Medienkollektiv Recherche Nord der CZ bestätigt, handelt es sich nachweislich um eine Gruppe von sechs bis sieben Personen. Aden ordnet sie dem erst vor wenigen Wochen auf dem Hof der Partei „Die Heimat“ gegründeten „Mädelbund“ zu.

Es sei nicht das erste Mal, dass am Wochenende entsprechend gekleidete junge Menschen im Ort anzutreffen sind, sagt der Experte. Im aktuellen Fall hat eine Eschederin die Gruppe gesehen und die CZ informiert. Die Arbeit von Recherche Nord konzentriert sich seit der Gründung 2004 auf Neonazismus. Die Journalisten dokumentieren insbesondere Veranstaltungen der rechtsextremen Szene.

Rechtsextreme Wanderungen zu symbolträchtigen Orten

Die Gruppe war am Freitag vom Bahnhof aus in Richtung der ICE-Gedenkstätte an der Rebberlaher Straße unterwegs. Das Aufsuchen von Gedenkstätten sei typisch für die „Wanderungen“ in der Szene, sagt Aden. Die Eschederin, die die CZ informiert hat, vermutet, dass die Gruppe von dort weiter in Richtung „Heimathof“ gegangen ist.

Der Polizei in Celle ist zu einer Veranstaltung auf dem Gelände am Finkenbergrain diesem Wochenende nichts bekannt, wie eine Sprecherin am Samstag auf Anfrage sagte. Recherche Nord indes hat bereits am 25. Mai ähnliche Beobachtungen gemacht. Vor zwei Wochen sei eine „Wanderung“ mit mindestens 16 Teilnehmerinnen gesehen worden, sagt Aden. An den Autokennzeichen habe er erkannt, dass sogar aus Dänemark Anhänger der rechtsextremen Szene nach Eschede gekommen sind – auch dabei sei die „szenetypische Kleidung“ festgestellt worden.

Die Wanderungen dienen der Vermittlung von Werten, sie sind politisch aufgeladene Veranstaltungen.

André Aden, Fachjournalist bei Recherche Nord

Internationale Beteiligung: Rechtsextreme aus Dänemark in Eschede

„Die Wanderungen dienen der Vermittlung von Werten, sie sind politisch aufgeladene Veranstaltungen“, sagt Aden. Das kollektive Tragen roter Röcke fördere das Zusammengehörigkeitsgefühl. Das abgelegene Grundstück am Finkenbergrain werde von den Neonazis bundesweit als Schulungszentrum beworben, so der Beobachter. „Zurzeit gibt es in Deutschland nichts Vergleichbares.“ Aden definiert den „Heimathof“ als eine „als Festung gebaute Liegenschaft“ der Szene.

Das Medienkollektiv wird auch zur traditionellen Sommersonnwendfeier am Samstag, 21. Juni, wieder vor Ort sein. Ob sich dann Neonazis auf dem Hof blicken lassen, sei fraglich. Aden: „Sie wissen, dass wir dann dort sind.“

Vorgehen gegen rechtsextreme Umtriebe

„Heimathof“ in Eschede: Landkreis Celle verbietet Neonazi-Schulungen

Der Landkreis Celle hat ein sofortiges Nutzungsverbot für den „Heimathof“ in Eschede als Schulungs- und Veranstaltungsstätte der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ erlassen. So begründet die Verwaltung das Verbot. Und: Findet die Sonnenwendfeier am 21. Juni dort trotzdem statt?

Eschede. Mit rechtlichen Schritten geht der Landkreis Celle gegen die rechtsextremen Umtriebe auf dem sogenannten „Heimathof“ in Eschede vor. Mit Verfügung vom 2. Juni hat die Verwaltung ein Nutzungsverbot erlassen. „Die dortige Nutzung einer ehemaligen Hofstelle als Schulungs- und Veranstaltungsstätte ist ab sofort zu unterlassen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Landkreisverwaltung vom Donnerstag.

Landkreis Celle erlässt Nutzungsverbot für den „Heimathof“ in Eschede

Erst am 5. Juni hatte die Polizei nach neuen Hinweisen den Hof der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ durchsucht. Im Fokus stand dabei der Verdacht auf illegalen Waffenbesitz. Schon am 29. April hatte es dort eine Durchsuchung gegeben. Grund war ein Bericht des Fernsehsenders RTL. Eine Journalistin hatte bei einem Undercover-Einsatz auf dem Gelände die Gründung des „Mädelbundes“ durch die Jungen Nationalisten (JN) aufgedeckt und mit ihren Aufnahmen gezeigt, wie junge Frauen dort gezielt mit Neonazi-Propaganda indoktriniert werden. In dem Film war auch eine Schusswaffe zu sehen, mit der hantiert wurde. Um die Geschehnisse auf dem Hof, Zum Finkenbergl 1, hatte es in der Vergangenheit immer wieder viel Wirbel gegeben.

Bauliche Anlagen ohne Genehmigung für Veranstaltungen und Schulungen der Neonazis genutzt

Der Landkreis begründet seine Entscheidung mit der Niedersächsischen Bauordnung. Demnach könne eine Nutzung ohne die erforderliche Baugenehmigung untersagt werden. Nach Ansicht der Verwaltung wurden die baulichen Anlagen auf dem Hof der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ ohne Genehmigung für Veranstaltungen und Schulungen hergerichtet und genutzt.

Landkreis: Möglicher Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung

Darüber hinaus hat der Landkreis gemäß Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet, die Nutzung aufgrund eines besonderen öffentlichen Interesses sofort zu untersagen. Dies bedeutet nach Angaben der Verwaltung, dass ein möglicher Widerspruch gegen die Verfügung keine aufschiebende Wirkung hat und die Maßnahme unmittelbar vollzogen werden kann.

Einzelne bauliche Anlagen auf Hof der Partei „Die Heimat“ müssen beseitigt werden

Neben dem Nutzungsverbot ordnete der Landkreis außerdem die Beseitigung einzelner baulicher Anlagen an. „Die Entscheidung ist Teil der konsequenten baurechtlichen Aufsicht durch den Landkreis Celle, um illegale Nutzungen zu unterbinden und die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften sicherzustellen“, wird Landrat Axel Flader in der Mitteilung zitiert. Gegen die Entscheidungen könne der Eigentümer Rechtsmittel einlegen.

Am Samstag, 21. Juni, soll dem Vernehmen nach auf dem „Heimathof“ wieder eine „Sonnenwendfeier“ stattfinden. Das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus plant eine Demonstration, die ab 14 Uhr am Bahnhof in Eschede beginnt.

„Wir bleiben weiter wachsam“

Nazi-Treffen auf Hof bei Eschede gestoppt: Das sind die Reaktionen aus Politik und Gesellschaft

In Eschede wurde der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ die Nutzung ihres Grundstücks für Schulungen untersagt. Der Landkreis Celle stützt seine Entscheidung auf fehlende Baugenehmigungen. Kritiker warnen jedoch vor Schlupflöchern, die private Veranstaltungen auf dem Gelände ermöglichen könnten.

Eschede. Auf diese Entscheidung ist in Eschede lange gewartet worden: Der Landkreis Celle hat am Donnerstag bekannt gegeben, dass für das Grundstück der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ (früher NPD) mit Verfügung vom 2. Juni 2025 eine Nutzung als Schulungs- und Veranstaltungsstätte untersagt wurde. Die Kreisverwaltung beruft sich dabei auf die niedersächsische Bauordnung, wonach eine Nutzung ohne die erforderliche Baugenehmigung untersagt werden könne.

„Die baulichen Anlagen auf dem betreffenden Grundstück wurden ohne Genehmigung für Veranstaltungen und Schulungen hergerichtet und genutzt“, teilt die Kreisverwaltung mit. „Aufgrund eines besonderen öffentlichen Interesses“ sei zudem die sofortige Vollziehung der Nutzungsuntersagung angeordnet worden.

„Die Entscheidung ist Teil der konsequenten baurechtlichen Aufsicht durch den Landkreis Celle, um illegale Nutzungen zu unterbinden und die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften sicherzustellen“, so Landrat Axel Flader.

Die Entscheidung ist Teil der konsequenten baurechtlichen Aufsicht durch den Landkreis Celle.

Axel Flader, Celler Landrat

Südheide-Netzwerk bleibt wachsam

Seit vielen Jahren wird in Eschede regelmäßig gegen die rechtsextremistischen Aktivitäten auf der ehemaligen Hofstelle demonstriert. Wilfried Manneke, Sprecher des Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus, reagiert deshalb froh und erleichtert auf die Entscheidung des Landkreises, ohne aber in zu große Euphorie zu verfallen. „Ich begrüße das sehr“, sagte er gegenüber der CZ, kündigte aber zugleich an: „Wir bleiben weiter wachsam und werden den Hof im Blick behalten.“ Wenn beobachtet werde, dass sich auf dem Gelände etwas tut, sollten die Behörden informiert werden, so der Netzwerk-Sprecher.

„Es ist fast das, was wir uns gewünscht haben“, fasst Manneke zusammen. Denn der größte Wunsch wäre es, den Hof komplett zu schließen. Aber schon der frühere niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hatte 2021 bei der Übergabe einer Petition für die Schließung des Hofes mit 41.000 Unterschriften erklärt, dass das wegen des Parteienprivilegs nicht ohne Weiteres möglich sei. Manneke geht davon aus, dass „Die Heimat“, wie sich die NPD seit 2023 nennt, gegen die Entscheidung Rechtsmittel einlegen wird. Auf die Möglichkeit hatte der Landkreis Celle in seiner Mitteilung hingewiesen. Gleichzeitig habe ein Widerspruch aber keine aufschiebende Wirkung, stellte der Landkreis klar.

Wir bleiben weiter wachsam und werden den Hof im Blick behalten.

Willfried Manneke, Sprecher Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus

Mögliche Umgehung des Verbots durch private Feiern

Komplett entwarnen könne man nun nicht, so Manneke. Nach seinen Informationen ist ein Sohn des früheren Eigentümers Joachim Nahtz auf den Hof gezogen. „Somit stellt sich die Frage, ob das Verbot auch für private Veranstaltungen gilt“, sagte der Netzwerk-Sprecher. „So könnten die Nazitreffen weiter auf dem Hof stattfinden, getarnt als Familienfeiern, Gartenpartys oder Sommerfeste.“ Die für Samstag, 21. Juni, angemeldete Demonstration in Eschede soll deshalb weiter stattfinden.

Auch Eschedes Bürgermeister Heinrich Lange rät dazu, weiter wachsam zu sein. Wenn auf dem Hof eine private Geburtstagsfeier begangen werde, dürfte dies schwierig zu ahnden sein. Die Entscheidung des Landkreises begrüßt Lange gleichwohl und dankt der Kreisverwaltung für die gute Zusammenarbeit bei dem Thema. „Der Landkreis hat Mut bewiesen und eine wichtige Entscheidung getroffen“, so der Verwaltungschef.

Zivilgesellschaft und Medien als treibende Kräfte

André Aden, Fachjournalist beim Medienkollektiv Recherche Nord, sagte, in erster Linie habe die Zivilgesellschaft mit ihren regelmäßigen Protesten vor Ort bewirkt, dass es nun zu der Nutzungsuntersagung gekommen ist. Seit Jahren beobachten Aden und seine Kollegen das Geschehen auf dem Hof. Zu einem Teil habe auch die Arbeit von Recherche Nord zu der aktuellen Entscheidung beigetragen. Erst jüngst hatte das Medienkollektiv die Gründung des „Mädelbundes“ durch die Jungen Nationalisten auf dem Gelände mit aufgedeckt. „Wir konnten neue Impulse setzen“, beschreibt Aden die Rolle von Recherche Nord.

Die Celler Polizeisprecherin Ulrike Trumtrar betont, dass die Kontrolle und Durchsetzung der Nutzungsuntersagung dem Landkreis Celle als zuständiger Bauaufsichtsbehörde obliege. „Gleichwohl wird die Polizeiinspektion Celle bei Bedarf die Kontrollen des Landkreises entsprechend unterstützen, sollte dies erforderlich werden“, sagte sie. Auch unabhängig von der aktuellen Verfügung des Landkreises werde die Polizei „weiterhin lageabhängige Maßnahmen“ am Finkenberg durchführen.

SPD und CDU begrüßen Entscheidung des Landkreises Celle

Aus der Politik wird die Entscheidung des Landkreises ebenfalls begrüßt. „Sie ist konsequent und absolut richtig. Damit wird der weiteren Entwicklung eines Nazi-Schulungszentrums in Eschede endlich ein Riegel vorgeschoben“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende Maximilian Schmidt. CDU-Pendant Jörn Schepelmann schließt sich dem an: „Es ist richtig, dass den Neonazis der Nährboden entzogen wird und der wunderschöne Ort Eschede von dem Thema befreit ist.“ Es sei aber davon auszugehen, dass die Eigentümer „mit allen Wassern gewaschen“ seien und Widerspruch einlegen werden.

cz.de – 12.06.2025

Flagge zeigen gegen Rechtsextremismus

Demo gegen rechtsextreme Sonnwendfeier in Eschede

Am 21. Juni plant die rechtsextreme Partei „Die Heimat“ in Eschede eine umstrittene Sonnwendfeier, die Gegenproteste hervorruft. Das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus organisiert eine Demonstration, um ein starkes Zeichen gegen Hass und Intoleranz zu setzen.

Eschede. Am Samstag, den 21. Juni, soll auf dem Hof der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ in Eschede wieder eine „Sonnenwendfeier“ stattfinden. Um sich dem rechten Gedankengut entschieden entgegenzustellen, veranstaltet das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus eine Demonstration, die ab 14 Uhr am Bahnhof in Eschede beginnt.

Der Demonstrationzug zieht dann gemeinsam zum Hof der Neonazis, wo eine Kundgebung stattfindet. Rednerinnen und Redner sind Johanne Gerlach, die als Lehrerin und Mutter über den Rechtsruck unter Jugendlichen spricht, zwei Schülerinnen des Hermannsbürger Christian-Gymnasiums sowie Sascha Allus vom Bündnis gegen Rechtsextremismus Eschede.

Gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen

Danach geht es zurück zum Bahnhof, wo die Demo um zirka 17 Uhr endet. Das Netzwerk ruft alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich an der Veranstaltung zu beteiligen und gemeinsam gegen Hass und Intoleranz Stellung zu beziehen.

Auf dem Hof in Eschede finden regelmäßig sogenannte Sonnenwendfeiern, die in der Tradition der NS-Zeit stehen, statt. Vor wenigen Wochen wurde dort außerdem ein rechtsextremer „Mädelsbund“ gegründet.

cz.de – 12.06.2025

Stadt muss sich auf Neonazi-Treffen einstellen

Rechtsextreme aus ganz Deutschland wollen sich angeblich am Samstag in Anklam treffen. Eine Mahnwache will sich ihnen entgegenstellen. Der Bürgermeister hat eine Befürchtung.

Als lange geplanter „Besuch im Norden“ wird eine Veranstaltung angekündigt, die am Samstag in Anklam stattfinden soll. Geteilt wird diese etwa über die sozialen Medien vom Landesverband der Partei „Die Heimat“ - vorher besser bekannt als die rechtsextreme und als verfassungsfeindlich eingestufte NPD.

Rechtsextreme wollen sich in Anklam treffen

Im „Haus Jugendstil“ in der Pasewalker Straße in Anklam, unter anderem der Sitz der Landespartei, sollen am kommenden Wochenende mehrere rechtsextreme Gruppierungen aus Deutschland zusammenkommen. „Support your local Nazi Dealer“ heißt es auf dem Flyer zudem weiter.

In Anklam herrscht wenig Freude über diesen Besuch. „Natürlich steht die Stadt damit am Ende wohl wieder bundesweit im Blickpunkt und gegebenenfalls negativ in den Schlagzeilen“, schätzt etwa Anklangs Bürgermeister Michael Galander ein. Bemühungen um ein offenes Stadtbild und Anstrengungen für den Tourismus, die vor Ort in den vergangenen Jahren unternommen wurden, würden so in den Hintergrund rücken, befürchtet der Rathaus-Chef.

Greifswalder Bündnis lädt zu Mahnwache ein

Gleichzeitig sieht er in der Stadtpolitik wenig bis gar keine Ambitionen, dem Neonazi-Treffen ein Zeichen entgegenzusetzen. Vielmehr erlebt der Bürgermeister hier nach eigener Aussage aktuell eher ein Stillschweigen.

„Wir als Verwaltung können solche Initiativen jedoch nur begleiten und unterstützen, wenn sie auch aus der Stadtgesellschaft kommen“, macht Galander klar. Somit liege der Ball aktuell bei der Stadt Anklam lediglich im Bereich der Ordnungsbehörde, ergänzt er.

Immerhin, angemeldet ist inzwischen eine Mahnwache unter dem Motto „Bunte Welle statt braune Zelle“, die jedoch vom Bündnis „Greifswald für alle“ stammt. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald als Versammlungsbehörde bestätigt auf Nordkurier-Nachfrage die Anmeldung.

Ort für Mahnwache noch nicht fix

Demnach sei die Mahnwache mit bis zu 50 Teilnehmern am Samstag von 9 bis 16 Uhr zunächst für den Bereich in der Pasewalker Straße vor dem Veranstaltungsort angezeigt worden. Die Mahnwache solle in Sicht- und Hörweite zum Ort des Geschehens ermöglicht werden, hieß es dazu am Donnerstag von der Versammlungsbehörde.

Die Bestimmung des genauen Ortes stand jedoch noch aus, da noch auf Rückmeldungen von der Stadt Anklam und der Polizei gewartet werde. Letztendlich müssten auch Belange beispielsweise der Verkehrssicherheit und die Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden.

Die Polizei bestätigt indes, über beide Veranstaltungen Kenntnis zu haben. Diese würden am Samstag auch durch die Beamten entsprechend begleitet und abgesichert, heißt es.

Nordkurier.de – 12.06.2025

Entscheidung des Landkreises Celle

Auf Neonazi-Hof in Eschede sind jetzt auch Privatveranstaltungen verboten

In Eschede wurde die Nutzung des Grundstücks der Partei „Die Heimat“ für Veranstaltungen verboten. Der Landkreis betont, dass das Verbot auch private Treffen umfasst. Warum dieser Schritt erst jetzt erfolgt, erklärt der Kreissprecher.

Eschede . Mit großer Erleichterung ist in Eschede die Entscheidung des Landkreises Celle aufgenommen worden, die Nutzung des Grundstücks der Partei „Die Heimat“ (früher NPD) als Schulungs- und Veranstaltungsstätte zu untersagen. Unter anderem das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus äußerte aber die Sorge, dass private Veranstaltungen auf dem Gelände weiter stattfinden dürfen.

Auf CZ-Nachfrage sagte Landkreis-Sprecher Tore Harmening, dass die Nutzungsuntersagung alle Veranstaltungen umfasse. Demzufolge sind auch private Treffen untersagt. Ab welcher Größenordnung das Nutzungsverbot gilt, bleibt jedoch unklar.

Hintergründe zur Entscheidungsfindung: Warum jetzt erst das Verbot?

Zu der Frage, warum die Entscheidung für ein Nutzungsverbot erst jetzt getroffen wurde, sagte der Kreissprecher: „Einzelne Veranstaltungen in der Vergangenheit waren nicht zu beanstanden, erst in den vergangenen Jahren haben diese deutlich zugenommen und es wurden regelwidrige Umbauten zu diesem Zweck vorgenommen.“ Dies müsse zunächst rechtssicher dokumentiert und festgestellt sein, damit eine solche Untersagung vor Gericht Bestand habe.

Die Kreisverwaltung hatte die Nutzungsuntersagung mit Verfügung vom 2. Juni 2025 am Donnerstag bekannt gegeben. Die Behörde hat sich dabei auf die niedersächsische Bauordnung berufen, wonach eine Nutzung ohne die erforderliche Baugenehmigung untersagt werden könne. Das Netzwerk Südheide kündigte an, die für Samstag, 21. Juni, angekündigte Demo werde trotz der jüngsten Entscheidung stattfinden.

cz.de – 13.06.2025

Kundgebung in Pasewalker Straße

Mahnwache gegen Treffen von Rechtsextremen in Anklam: „Die sind richtig gefährlich“

Unter dem Titel „Besuch im Norden“ hatten sich mehrere radikale Gruppen in den sozialen Medien für das Treffen am Sonnabend (14. Juni) im Anklamer „Haus Jugendstil“ verabredet. Anhänger des Bündnisses „Greifswald für alle“ demonstrierten zeitgleich dagegen. Wie die Stimmung vor Ort war und was Passanten sagen.

Anklam. Wer am Sonnabend (14. Juni) im Zentrum von Anklam unterwegs war, wird am Vormittag vermutlich eine Menschengruppe in der Pasewalker Straße gesehen haben. Deren Teilnehmer hatten Plakate, Schilder oder Banner dabei, auf denen unter anderem zu lesen war: „Menschenrechte“ oder „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“.

Sie protestierten damit gegen ein Treffen, das zur selben Zeit in dem Gebäude hinter ihnen abgehalten wurde. Zu dieser Zusammenkunft im „Haus Jugendstil“ hatten sich zuvor mehrere rechtsextreme Gruppen in den sozialen Medien verabredet.

Zuerst war Eschede als Treffpunkt geplant

Kenner der Szene sind zunächst von Eschede in Niedersachsen als Veranstaltungsort ausgegangen. „Die Veranstalter des geplanten Nazitreffens“ hätten sich dann aber für Anklam entschieden, wie Olaf Meyer von der Antifaschistischen Aktion (Antifa) Lüneburg/Uelzen gegenüber der „Celleschen Zeitung“ angegeben hatte.

Laut Polizei hat es Sonnabend tatsächlich solch ein Treffen im „Haus Jugendstil“ gegeben. Den ganzen Tag über blieb es allerdings friedlich, obwohl Personen regelmäßig das Gebäude betreten oder verlassen haben. Die Mahnwache, an der sich ungefähr 30 Frauen und Männer beteiligt hatten, war gegen 11.15 Uhr beendet.

Einer von ihnen war der SPD-Politiker Erik von Malottki. „Diejenigen, die sich hier treffen, sind richtig gefährlich. Darauf wollen wir aufmerksam machen.“ Vorpommern stehe zudem für Vielfalt und nicht für rechtsextreme Gedanken.

Bündnis „Greifswald für alle“ demonstrierte vor Ort

Das Bündnis „Greifswald für alle“ hatte zu dem Protest aufgerufen. Eine Sprecherin erklärte vor Ort: „Es ist leider sehr schwierig, die Menschen in diesem Haus von ihrer Gesinnung abzubringen. Umso wichtiger ist es, im Alltag auf bestimmte Alarmsignale zu achten.“ Das könne ein T-Shirt mit bestimmten Logos sein oder einzelne Bemerkungen.

„Anklam hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt. Deshalb darf die Stadt kein Treffpunkt für Rechtsextreme werden“, betonte ein weiterer Demo-Teilnehmer. Neben ihm hielten andere ein großes Banner mit der Aufschrift „Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“.

Passanten, die an der Gruppe vorbeigingen, blieben hingegen verwundert stehen. „Was ist denn hier los?“, fragte beispielsweise eine Frau, die ihr Fahrrad die Straße entlang schob. „Schon am Bahnhof habe ich Polizeiautos gesehen.“

Anklamer Passanten haben wenig mitbekommen

Auch in der Pasewalker Straße waren mehrere Beamte vor Ort, um das Geschehen im Auge zu behalten. Abseits davon spielte sich hingegen ein gewöhnlicher Samstagvormittag ab, an dem Anklamer einkaufen gingen oder über den Marktplatz schlenderten.

„Ich habe davon nichts mitbekommen. Ich messe diesem Treffen deswegen auch keine große Bedeutung bei“, meinte Heidrun Kunze, die sich mit einer Bekannten in einem Café verabredet hatte.

Eine Tischnachbarin war ebenfalls überrascht. „Solche Rechtsextremen gibt es sicherlich. Das hat aber nichts mit unserer Stadt zu tun. Keine Ahnung, weshalb ausgerechnet Anklam ausgewählt wurde.“

ostsee-zeitung.de – 14.06.2025

Mahnwache gegen Rechtsextreme in Anklam: Klare Kritik an Stadtpolitik

Augenscheinlich nahmen deutlich weniger Rechtsextreme an einem Vernetzungstreffen in Anklam teil. Die Mahnwache verbuchte Erfolge. Der Bürgermeister war dennoch unzufrieden.

Ein normaler Morgen um neun Uhr auf dem Anklamer Bahnsteig. Reisende warten auf die nächsten Züge. Auf der anderen Seite des Bahnhofsgebäudes zeigt sich indes, dass dieser Samstag dann doch nicht so normal abläuft, wie es hier noch den Anschein macht.

Rechtsextrementreffen online angekündigt

Gleich mehrere Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei sind hier postiert. Polizeipräsenz ist auch deutlich vom Bahnhof in Richtung Innenstadt auszumachen, allen voran in der Pasewalker Straße vor der ehemaligen Kaufhalle, die seit Jahren als Parteizentrale zunächst für die NPD in MV und seit ihrer Umbenennung für die rechtsextreme und als verfassungsfeindlich eingestufte Partei „Die Heimat“ fungiert. Hier sollten sich Neonazis aus ganz Deutschland an diesem Wochenende zum Vernetzungstreffen einfinden.

Laut Nordkurier-Informationen wurde zunächst von einem Personenkreis von bis zu 200 Teilnehmern aus Sachsen, Dortmund und auch Brandenburg ausgegangen.

Das Bündnis „Greifswald für alle“ indes hatte vor dem Gebäude kurzfristig eine Mahnwache unter dem Motto „Bunte Welle statt braune Zelle“ als Gegenprotest initiiert. 50 Personen sind hier wiederum bei der Versammlungsbehörde angemeldet, vor Ort sind rund 30 Teilnehmer dabei.

Anklamer Pfarrer stellt sich gegen Rechtsextremismus

Unter anderem auch der evangelische Pfarrer Helge Jörgensen aus Anklam und Gemeindepädagogin Sigrun Reese, die mit einem großen Transparent mit der Aufschrift „Menschenliebe verlangt Klarheit - evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“ auf dem Bürgersteig präsent sind.

Die evangelische Kirchengemeinde in Anklam bezog deutlich Stellung gegen rechts. (Foto: ZVG)

Er möge diese Stadt und könne verstehen, dass viele Anklamer auch stolz auf die Entwicklung ihrer Stadt sind, sagt Jörgensen. „Aber solange die Regenbogenflagge in dieser Stadt immer noch als eine Provokation aufgenommen wird, werde ich sie immer wieder in der Hand halten und bei solchen Gelegenheiten wie heute hochhalten“, kündigt der Pastor. Auch die Kirche müsse sich aus seiner Sicht klar gegen Neonazis und deren Gedankengut positionieren, das mit dem christlichen Glauben nichts gemein habe.

Lob für Gegenprotest

Dass der Protest zwar aus Greifswald organisiert wurde, sich vor Ort aber auch eine ganze Reihe Anklamer Gesichter bei der Mahnwache einfanden, freute auch Linken-Landespolitikerin Jeannine Rösler, die ebenso wie der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Erik von Malottki mit vor Ort war.

Auch sie betonten, wie wichtig es sei, dass solche rechtsextremen Treffen nicht unkommentiert in Anklam stattfinden, erst recht im Hinblick auf die Bemühungen, die die Stadt in den zurückliegenden Jahren unternommen hat, ihre Außenwahrnehmung zu verändern.

Dementsprechend dankbar zeigte sich auch der Bürgermeister Anklams, Michael Galander, über die Mahnwache vor Ort. Obgleich aus seiner eigenen Wählergemeinschaft, den Initiativen von Anklam (IfA), niemand dabei war. Aus der Stadtpolitik bekannte sich lediglich Dr. Georg Becker von der sozial-ökologischen Bürgerplattform zum Gegenprotest.

Bürgermeister kritisiert Stadtpolitik

Aus Sicht von Michael Galander ist es durchaus der falsche Weg, sich als Zivilgesellschaft und speziell als Stadtpolitik bei solchen Themen wegzuducken. „Wir haben diesen Makel in der Stadt, den wir auch nicht schön finden. Aber das müssen wir auch zeigen“, so der Bürgermeister, der sich damit klar gegen die Meinung des Bürgervorstehers, Andreas Brüsche (ebenfalls IfA) stellt. Dieser plädierte vorab dafür, dass Vernetzungstreffen der Neonazis mit Nichtachtung zu strafen, um es nicht weiter hervorzuheben.

Treffen auch im Anklamer Umland

Fraglich blieb vor Ort, welche Bedeutung das Treffen in Anklam ohnehin für die Szene hatte. Nicht ansatzweise gingen hier am Samstag die vorab vermuteten 200 Personen ein und aus, sondern eher nur rund 50, überwiegend junge Männer waren zu sehen. Die Mahnwache vor dem Gebäude wurde dann bereits gegen 12 Uhr als beendet erklärt. Und auch die Zusammenkunft im Inneren der alten Markthalle, löste sich in den Nachmittagsstunden auf.

Nach Nordkurier-Informationen könnte möglicherweise ein Treffen in einem Dorf nördlich der Peene am Abend der Szene als zentraler Treffpunkt gegolten haben, auch diesen Bereich hätte die Polizei deshalb mit im Blick gehabt. Jedoch vergingen auch dort die Abend- und Nachtstunden laut Einsatzleitung der Polizei-Leitstelle in Neubrandenburg ruhig und ohne Vorkommnisse.